

### Griechenland schuldig.

Das Urteil der Balkankommission.  
Genf, 3. Dez. Die Untersuchungskommission für den griechisch-bulgarischen Konflikt hat heute nachmittag durch das Bölkerbundsekretariat ihren Bericht veröffentlicht. Die Kommission erklärt in ihrem etwa 15 Bogen umfassenden Bericht die griechische Regierung für allein schuldig und lehnt die griechischen Entschuldigungsverordnungen mit einer unbedeutenden Ausnahme infolge dessen gänzlich ab. Dagegen erklärt sie, daß die bulgarische Regierung durchaus entsprechend dem Bölkerbundpakt gehandelt hat, und schlägt vor, daß die Sowjetregierung und die bulgarische Regierung von der griechischen Regierung Wiedergutmachungen in Höhe von 20 Millionen Lira für die Verluste an Mobiliar, Ernteborräten, Arbeitsgeräten, Vieh usw., und von 10 Millionen Lira für die übrigen Verluste an Menschenleben (12 Tote und 10 Verwundete, abgesehen von den getöteten bulgarischen Militärsoldaten) erhalten soll.

Außerdem macht die Kommission eine Reihe von Vorschlägen militärischer und politischer Art zur Vermittlung künftiger ähnlicher Zwischenfälle. Sie schlägt u. a. vor, daß das System der Grenzüberwachung auf beiden Seiten reorganisiert werden soll, und zwar soll den Oberkommandos der bulgarischen und der griechischen Truppen zu diesem Zweck ein neutraler Offizier beigegeben werden, ferner soll nötigenfalls eine Vermittlungskommission aus einem griechischen und einem bulgarischen Offizier unter Hinzufügung eines neutralen Offiziers konstituiert werden, und es sollen dem Bölkerbundrat alle Möglichkeiten für die schnellste Uebermittlung seiner Depeschen gegeben werden, da sich aus der Geschichte gerade dieses Zwischenfalls ergibt, von welcher Bedeutung die rascheste Uebermittlung der Anordnungen des Bölkerbundesrates sein kann.

Der Bölkerbundrat wird sich in seiner am Montag beginnenden Tagung mit diesem Bericht der Untersuchungskommission beschäftigen.

### Ein „Locarno mit Rußland“.

London, 3. Dez. Chamberlain wird unmittelbar nach dem Abschluß der am Montag beginnenden Tagung des Bölkerbundesrates in Genf einen auf einen Monat berechneten Urlaub in Italien verbringen. Es sei dies der erste Urlaub, den Chamberlain seit seiner Zusammenkunft mit Briand im Juni in Genf gehabt hat. Gleichzeitig kündigt die englische Agentur an, daß Tschitscherin Ende Dezember oder Anfang Januar sich einige Zeit „aus Gesundheitsrücksichten“ in Italien aufhalten werde.

Vor seiner heutigen Abreise aus London erklärte der belgische Außenminister Vandervelde, daß er unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Brüssel mit dem russischen Botschafter in Paris Watsonski mündliche Verhandlungen über die Herstellung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Belgien und Sowjetrußland führen werde. Der belgische Außenminister deutete an, daß diese Verhandlungen der Vorbereitung eines „Locarno mit Rußland“ gelten würden.

### Primo de Rivera über die Absichten der neuen Regierung.

Paris, 3. Dez. Habas meldet aus Madrid: General Primo de Rivera erklärte: Auch für das neue Kabinett ist die Verfassung unantastbar. Ihr Programm wird unverzüglich veröffentlicht werden zugleich mit einem Erlaß, in dem den Männern, die seit 1923 das nationale Leben in Gang gehalten haben, der Dank zum Ausdruck gebracht wird. Der Grundsatz, daß Militärpersonen sich jeder politischen Betätigung zu enthalten haben wird durch ein Dekret unverzüglich wieder in Kraft gesetzt werden. Die von Militärpersonen besetzten Posten der Zivilgouverneure werden alsbald Zivilpersonen übergeben werden. Eine Stellvertretung des Ministerpräsidenten wird geschaffen werden. Versammlungs- und Pressefreiheit unterliegen weiterhin den gleichen Beschränkungen wie zur Zeit des Direktoriums. General Primo de Rivera und der stellvertretende Ministerpräsident leisteten heute vormittag dem Könige den Eid auf die Verfassung.

Madrid, 3. Dez. Die Blätter veröffentlichten eine amtliche Erklärung, die besagt, weder das Direktorium noch die ihm folgende Regierung werde jemals daran denken, die Pressezensur aufzuheben oder sie auch nur milder zu gestalten, weil ihre Aufrechterhaltung unbedingt notwendig sei, wenn Spanien den Weg zu seiner Rettung aus den früheren verhängnisvollen Zuständen weiter verfolgen wolle. Nur durch strenge Zensur sei es bisher möglich gewesen, positive, lohnende Arbeit zu leisten.

### Loucheurs Finanzentwürfe angenommen.

Paris, 3. Dezember. Die Kammer hat im Laufe einer Sitzung, die über 20 Stunden dauerte, und zwar bis nach 11 1/2 Uhr morgens, die Finanzentwürfe Loucheurs angenommen. Der Artikel 4 des Finanzentwurfes, der die Inflation von 7,5 Milliarden Franken vorsieht, wurde erst nach einer erregenden Rede Briands in der er die Kammer beschwor, sich vom Ernst der Lage doch Rechenschaft abzulegen, und daran erinnerte, daß die Kammer doch bereits das Prinzip der Inflation angenommen habe und in ihren Beschlüssen lokal bleiben müsse, mit 245 gegen 229, also mit 8 Stimmen Mehrheit angenommen. Die Sozialisten, Kommunisten und ein Teil der Opposition stimmten dagegen. Bei der Gesamtstimmung über das Finanzgesetz wurden 257 Stimmen dafür und 229 dagegen abgegeben.

### Die belgischen Sozialisten für Verkürzung der Militärdienstzeit.

Brüssel, 3. Dezember. Die sozialistische Linke der Kammer hat den Vorschlag angenommen, die Militärdienstzeit allmählich auf 8 Monate zu verringern.

### Keine „Anleihe“ der Reichsbahn.

Berlin, 3. Dez. Durch die Presse geht eine Nachricht über eine 100 Millionen-Dollar-Anleihe für die Reichsbahn. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, handelt es sich dabei lediglich darum, einen kleinen Teil der elf Milliarden Eisenbahnobligationen, die gemäß dem Dawesgesetz von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dem Treuhänder für die Eisenbahnobligationen seiner Zeit übergeben werden mußten, auf den Markt zu bringen. Gesehmäßig ist die Reichsbahn verpflichtet, für diese Obligationen Zinsen zu zahlen und vom vierten Jahre ab eine Tilgungsquote. Die Unterbringung der Obligationen liegt in den Händen des Treuhänders. Es handelt sich also nicht um eine neue Anleihe der Reichsbahn, wie es vielfach dargestellt worden ist.

### Die Auseinandersetzung mit den früheren Herrscherhäusern.

Berlin, 3. Dez. Der Reichstag überwies in seiner heutigen Sitzung den demokratischen Antrag betreffend die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früheren regierenden Fürstenhäusern sowie den kommunistischen Antrag auf entschuldigungslose Enteignung der Fürstenhäuser dem Rechtsausschuß.

Der Reichstag erledigte in dritter Beratung den Haushalt des Reichstages, wobei ein Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen wurde, zum Grundenerwerb für einen Erweiterungsbau des Reichstages 1,5 Millionen Mark zu bewilligen.

### Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages.

Der Reichstag nahm eine Regierungsvorlage, wonach der steuerfreie Lohnbetrag vom 1. Januar nächsten Jahres ab von 80 auf 100 Mark erhöht wird, mit 51 gegen 15 Stimmen an. Dagegen stimmten Bayern, Thüringen, Hessen und Mecklenburg-Schwerin. — Angenommen wurde noch ein Gesetzentwurf über Eintragung von Hypotheken und Schiffspfandrechten in ausländischer Währung. Durch diesen Gesetzentwurf wird die frühere Verordnung bis zum 31. Dezember 1928 verlängert.

### Die Revision im Schweriner Mordprozess verworfen.

Leipzig, 3. Dez. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich am Donnerstag mit dem Urteil des Schweriner Schwurgerichts vom 4. Juli 1925 im sog. Mordprozess zu beschäftigen. Wegen Mordes bezw. Anstiftung und Beihilfe dazu waren damals der Maurer Rogow, der ehemalige Oberleutnant Kalla und der Oberleutnant Schöler sowie der Landwirt Bischa zum Tode verurteilt worden. Gegen das Urteil des Schwurgerichts hatten Rogow, Kalla und Schöler aus formalen Gründen Berufung eingelegt. Sie machten u. a. geltend, daß das Verfahren nicht vor dem Schwurgericht, sondern vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hätte zur Verhandlung kommen müssen. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts kam nach langer Beratung zu dem Beschluß, die Revision zu verwerfen, da die Revisionsgründe nicht ausreichten, um ein anderes Urteil herbeizuführen.

### Um das Tagebuch Ludwigs II.

München, 3. Dez. Zu den durch die Presse gehenden Nachrichten über eine Hausdurchsuchung bei dem Herausgeber der jetzt erscheinenden Tagebuchauszeichnungen König Ludwigs II. von Bayern erzählt der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros von interessierter Seite, daß die Polizeiaktion nicht gegen das Buch als solches sich richtete. Vielmehr wurde die Hausdurchsuchung bei dem Herausgeber Meibinger abgehalten, weil der dringende Verdacht bestand, daß die Unterlagen zu dem Buche, die anscheinend authentischen Tagebuchauszeichnungen des Königs, die im Besitz des königlichen Hauses waren oder die amtlichen Urkunden, wie das Gutachten der Ärzte über die Geisteskrankheit des Königs, auf nicht einwandfreie Weise beschafft worden waren.

Meibinger und eine zweite Persönlichkeit, die die Urkunden als Vermittler zum Kauf angeboten hatte, wurden eingehend verhört. Die Angelegenheit beschäftigt jetzt die Staatsanwaltschaft und dürfte voraussichtlich ein gerichtliches Nachspiel haben.

### Die Zukunft Europas.

Paris, 3. Dez. Ein Sonderkorrespondent der „Information“ hat den Generaldirektor der U. S. O. Deutsch über seine Ansicht über eine deutsch-französische Wirtschaftsvereinbarung befragt. Deutsch erklärte in dem Interview, er sehe drei Stadien für die wirtschaftliche Wiedergeburt Europas voraus: 1. die horizontale Konzentration in West- und Mitteleuropa einschließlich Englands, 2. die harmonische Ineinanderfühlung der ähnlichen Industrien der einzelnen Nationen. Deutschland habe übrigens die erste Stufe auf vielen Gebieten bereits durchlaufen. In der dritten Stufe endlich werde Europa seine Abmachungen mit Amerika erweitern können und müssen. Diese wirtschaftliche Wiedergeburt schließe naturgemäß die Schaffung eines neuen politischen Zustandes in Europa in sich. Man müsse die Möglichkeit der Vereinigten Staaten von Europa deutlich ins Auge fassen. Dieser Gedanke habe nichts Chimärisches an sich. Die wirtschaftliche Zukunft könne nur auf der Bildung großer internationaler Unternehmungen beruhen, sowie auf der korrelativen Verminderung der Zahl der Typen zwecks Herabsetzung der Herstellungskosten sowie endlich auf der intensivsten Ausnutzung aller Produktionsfaktoren bei gleichzeitiger Verschmähen der kleinen Betriebe, ausgenommen etwa für Reparaturen.

### Eine Winterbeihilfe für die Beamten?

Berlin, 4. Dez. Mehrere Blätter melden, daß sowohl in parlamentarischen Kreisen als auch im Reichsfinanzministerium die Absicht besteht, den Beamten angesichts der Notlage namentlich der unteren und mittleren Beamten am 15. Dezember einen halben Monatsgehalt als einmalige Winterbeihilfe auszusuchen. Dieser Zuschuß soll eine Ustündung bis zum 1. April 1926 darstellen. Ein dahingehender Vorschlag soll in der nächsten Sitzung des 24er Ausschusses des Reichstages vom Reichsfinanzministerium gemacht werden. Wie die Blätter weiter melden, wird am Dienstagabend die Berliner Beamtenschaft auf dem Gendarmenmarkt eine öffentliche Kundgebung für die Behebung ihrer Notlage veranstalten.

### Tschechoslowakische Urteile.

Berlin, 4. Dez. Zu Beginn der diesjährigen Frühjahrssitzung war eine Abteilung tschechischer Faschisten in die Gasthausräume des Deutschen Hauses in Prag eingedrungen, und hatte die dort anwesenden farbentragenden deutschen Studenten überfallen und mißhandelt. Nach einer Meldung des „Berliner Volksanzeiger“ aus Prag hat gestern das Landgericht die wegen Hausfriedensbruch angeklagten tschechischen Faschisten mit der Begründung freigesprochen, daß ihnen „eine bloße Absicht nicht nachgewiesen werden könne“.

### Abbau von 2000 deutschen Postbeamten in der Tschechoslowakei.

Prag, 3. Dez. Am 1. Dezember wurden in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei insgesamt 2000 deutsche Postbeamte und Postbedienstete abgebaut.

### Deutschland verleumdet den Faschismus.

Ein offener Brief des Volksbundes „Rettet die Ehre“ an den Leiter der italienischen Handelskammer zu Berlin.

Von einem italienischen Vertrauensmann unseres Volksbundes, „Rettet die Ehre“, Zentrale Bremen, ging uns die auch von der Presse bestätigte Nachricht zu, daß Sie, Herr Renzetti, der deutschen Presse „Verleumdung gegen den Faschismus und Mangel an Takt gegenüber der italienischen Nation“ im Mailänder „Sol“ vorwarfen.

Salten Sie es als Gast des deutschen Volkes für taktvoll, die Presse eines Landes, bei dem Sie akkreditiert sind, ohne Not in dieser Weise öffentlich anzugreifen?

Was nennen Sie Verleumdung des Faschismus?

Ist es etwa unwahr, daß die deutschen Minderheiten in den von Italien in Besitz genommenen österreichischen Landesteilen im Gegensatz zum Friedensvertrag unverhört vergewaltigt werden? Wissen Sie nicht, welche Wehklagen von der deutschen Minderheit über Unterdrückung der deutschen Sprache, über Anbelästigung und Verfolgung der deutschen Lehrer und Geistlichen, über Ausrottung der deutschen Presse, über Zertretung deutscher Bräute und Sitten, über Verleumdung jahrhundertalter deutscher Ortsnamen und über ähnliche Rohheiten täglich zu uns herüberklingen? Wissen Sie nicht, Herr Renzetti, daß jene Minderheit, für die Deutschlands Presse in ehrlichem Mitgefühl eintritt, lebende Blutsverwandte des deutschen Volkes bleiben, auch wenn sie nicht zu Deutschland, sondern zu Oesterreich gehört haben? Die Wehklagen über Italiens Gewalttakte sind keine Verleumdungen oder Taktlosigkeiten, sondern ein öffentlicher Appell an die italienische Regierung und an die zivilisierte Welt! Oder glauben Sie, daß Deutsche nicht mehr das mit Worten sagen dürfen, was italienische Machthaber als Taten begehen?

Wieso sind das Verleumdungen? Und wieso Verleumdungen des Faschismus? Die Methode des Faschismus ist eiserne Selbstdisziplin, und solche ist immer etwas Achtunggebietendes. Warum üben Sie nicht diese Selbstdisziplin, Herr Renzetti? Für den Vertreter einer fremdländischen Handelskammer in Deutschland dürfte es wichtiger sein, die dem Gaireschte entsprechende Selbstdisziplin zu wahren, als die Presse des Gastrecht gewährenden Landes zu Unrecht der Verleumdung zu gelien und ihr Beschreibungen über Takt geben zu wollen. Bremen, November 1925. Der Vorstand des Volksbundes „Rettet die Ehre“, Zentrale Bremen, Dr. h. c. D. Hartwich, Vorsitzender.

### Damaskus im Verteidigungszustand.

Paris, 3. Dez. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Damaskus berichtet, daß die Stadt wieder in den Verteidigungszustand versetzt worden ist. Die Straßen seien mit Stacheldrahtberauben und Sandfäden verbarrikadiert worden. In dem europäischen Viertel hielten französische Soldaten Wache. Das französische Oberkommando hat anempfohlen, die Frauen und Kinder abzutransportieren, da es entschlossen sei, die Stadt zu bombardieren. Der Berichterstatter schließt, wenn man sehr pessimistisch sein würde, könne man bezüglich Damaskus erklären, daß alles zu befürchten sei. Damaskus, 3. Dez. Der Tag ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Es treffen dauernd französische Verstärkungen ein, darunter auch Tanks. Der Oberkommissar de Jouvenel wird am Freitag von Beirut hierher abreisen.

### Japan und die Wirren in China.

Tokio, 3. Dez. Die japanische Regierung beauftragte einen besonderen Bevollmächtigten Funatsu, mit der Untersuchung der augenblicklichen Lage in China. Er wird mit Tschangtsin, Wupeifu, Fenghustang und anderen chinesischen Führern Besprechungen abhalten. Erst wenn der Bericht dieses Kommissars vorliegt, wird die Regierung ihre Haltung gegenüber China endgültig bestimmen.